



Rundfunk – Wenn Verleger träumen

Dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Aufgaben nachkommen kann, garantieren auch die Gebühren, die ab 2013 durch eine Haushaltsabgabe erhoben werden. Meinungsvielfalt, Information und Unterhaltung, Bildung und Kultur – all das sollen die Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrem monatlichen Beitrag den Rundfunk finanzieren, auch im Internet in der gewohnten Qualität wiederfinden. Nachdem durch die Aufsichtsgremien die Drei-Stufen-Tests für die Onlineauftritte der Rundfunkanstalten abgeschlossen sind, können jetzt die Sender weiterhin auch im Internet ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen. Die Finanzierung wird vorbehaltlich des Gesetzgebungsverfahrens auf eine solide und zukunftssichere Basis gestellt – auch wenn es noch Diskussionsbedarf über den Strukturausgleich zwischen den kleinen und den großen Sendern gibt.

Diejenigen aber, die seit Jahren versuchen, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Internet Steine in den Weg zu legen, sind weiterhin in Kampagnenlaune. Es grenzt teilweise schon an Realsatire, wenn von Verlegerseite Forderungen erhoben werden, ihnen müsse ein Anteil an den Gebühren zufließen. Das Schlagwort heißt „Onlinepresse“. Der Vorwurf: Die öffentlich-rechtlichen Sender machten den Zeitungen und Zeitschriften unzulässige Konkurrenz, sie etablierten eine „digitale gebührenfinanzierte Gratispresse, die in Zukunft beliebig ausgestrahlt werden könne“, wie der Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) in einem Interview monierte. Ja, ihm stellt sich sogar die „Frage, einen der beiden großen öffentlich-rechtlichen Sender zu privatisieren“.

Keine Frage ist es, dass die Presseverlage vor großen Herausforderungen stehen. Die haben auch damit zu tun, wie sie sich lange Zeit um die Probleme gedrückt haben, die mit schwindenden Auflagen und dem Verlust von Werbeeinnahmen beim Print durch die Digitalisierung entstanden sind. Träume von der Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, von Geldern, die aus den Gebühren in die privatwirtschaftlichen Kassen fließen, sind jedenfalls kein Ausweis zukunftsorientierten unternehmerischen Denkens. Und der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist entgegen dem ständig wiederholten Lamento der Verleger nicht schuld daran, wenn es ihnen an zukunftsfähigen Geschäftsmodellen mangelt.

Michael Sommer

Themen:

Arbeitnehmerdaten	2
Weniger Privatfunk	3
Rundfunkbeihilfen	4
Petition für Iran-Bloggerin	4
Bilanz Dreistufentests	6
ARD-Korrespondenten	7
Schul-Medienportal	7
ARD/ZDF-Onlinestudie	9
Internet-Plattform TV	10
Zeitungen florieren	11
Springer: Mehr Frauen	12
ProSiebenSat1	12
Veranstaltungen	13
Impressum	13



Sommer fordert echten Arbeitnehmerdatenschutz

Der jetzt vorliegende Vorschlag für ein Gesetz zum Datenschutz für Beschäftigte reicht nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) nicht aus, um Beschäftigte in Zukunft wirksam zu schützen. DGB-Vorsitzender Michael Sommer erklärte Ende August in Berlin: „Wir fordern handfeste, konkrete Bestimmungen und Verbote zum Schutz der Beschäftigten statt Gummiparagraphen für die Arbeitgeber. Dieser Gesetzentwurf muss aus Sicht der Gewerkschaften im parlamentarischen Verfahren dringend nachgebessert werden. Denn: Persönlichkeitsrechte sind unverzichtbar.“ Es sei richtig, dass die heimliche Videoüberwachung am Arbeitsplatz zukünftig ohne Ausnahmen nicht zulässig ist. Dass aber dafür die offene Videoüberwachung gang und gäbe werden könne, ja sogar zur Verhaltens- und Leistungskontrolle und zur Qualitätskontrolle eingesetzt werden darf, lehnten die Gewerkschaften ab. „Dieses Gesetz, sollte es so in Kraft treten, schützt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht ausreichend genug, sondern schafft erstmals eine Rechtsgrundlage, die das Ausspionieren von Beschäftigten im Arbeitsverhältnis ausdrücklich ermöglicht. In dieser Form ist der Entwurf zum Beschäftigtendatenschutz der Regierung insgesamt nicht akzeptabel“, sagte der DGB-Chef.

Falsche Weichenstellungen sieht der DGB auch bei der im Gesetz vorgesehenen Regelung zur Korruptionsbekämpfung. Ihre Aufklärung gehöre in die Hände von Polizei und Staatsanwaltschaft und nicht in die Hände der Arbeitgeber. „Anonymisierte Datenabgleiche bis hin zu eigenen Ermittlungen mit einer zusätzlichen Datenerhebung durch den Arbeitgeber sind das Gegenteil eines echten Arbeitnehmerdatenschutzes. Damit wird der Bespitzelungsskandal bei der Bahn, der zu Recht zum Rücktritt des damaligen Vorstandsvorsitzenden Mehrdorn geführt hat, im Nachhinein gerechtfertigt“, erklärte Sommer.

Dass es zudem dabei bleibt, dass die Arbeitgeber durch ärztliche Untersuchungen und sonstige Eignungstests das Profil der Bewerberinnen und Bewerber ausleuchten dürfen, andererseits konkrete Verbote von Fragen wie z. B. nach einer Schwangerschaft im Gesetzentwurf nicht ausdrücklich untersagt werden, kritisieren die Gewerkschaften „auf das Schärfste“. Arbeitgebern jetzt neu zu ermöglichen, ärztliche Untersuchungen und Eignungstests unter bestimmten Voraussetzungen von bereits Beschäftigten verlangen zu können, verschlechtere die Arbeitnehmerrechte elementar. „Dies ist bisher nur für gesetzlich festgelegte arbeitsmedizinische Untersuchungen vom Gesetzgeber zugelassen, und dabei sollte es auch bleiben“, so der DGB-Chef.



ALM: Privater Rundfunk erstmals rückläufig

Die Zahl der privaten Rundfunkangebote in Deutschland ist erstmals rückläufig, und zwar sowohl beim Fernsehen als auch beim Hörfunk: Ende 2009 gab es in Deutschland 360 TV-Programme (Vorjahr: 365), 126 bundesweite und 231 landesweite bzw. regionale/lokale Privatfernsehsender sowie 244 private Hörfunkprogramme (Vorjahr: 247). Die strukturellen Auswirkungen der Digitalisierung und der Rückgang der Werbeerlöse machten sich damit auch im privaten Rundfunksektor bemerkbar, meint die Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten (ALM). Die aktuellen Daten über den privaten Rundfunk stehen im „ALM-Jahrbuch 2009/2010. Landesmedienanstalten und privater Rundfunk in Deutschland.“ Das Jahr 2009 sei einerseits durch die Diskussion um die „Expansionspolitik“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Ausgestaltung und Anwendung der so genannten Drei-Stufen-Tests geprägt sowie andererseits durch eine zunehmend intensiver geführte Debatte über die Qualität und die Programminhalte der privaten Rundfunkprogramme. Aktueller Höhepunkt der Bemühungen auf privater Seite, Kosten zu reduzieren, sei der Verkauf des Nachrichtensenders N24. Eine Entwicklung, die von den Landesmedienanstalten kritisch begleitet wird: „Rundfunk ist nicht nur Wirtschafts-, sondern auch Kulturgut. Fernsehen und Radio müssen einen gesellschaftlichen Mehrwert liefern und unterscheiden sich somit von anderen Unternehmen am Markt“, stellt der Vorsitzende der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM), Thomas Langheinrich, im aktuellen ALM-Jahrbuch 2009/2010 fest. Zur Stabilisierung des dualen Systems fordert die Gesamtkonferenz der Landesmedienanstalten (GK), Werbung solle nur noch privatwirtschaftlichen Programmanbietern erlaubt sein.

Das ALM-Jahrbuch gibt einen Überblick über medienpolitische Entwicklungen und Diskussionen und skizziert die Arbeit der Landesmedienanstalten. Daneben enthält es die wichtigsten Daten über die technische, programmliche und wirtschaftliche Entwicklung des privaten Rundfunks auf nationaler Ebene und in den Bundesländern und bietet eine detaillierte Übersicht über den Stand der Digitalisierung des Rundfunks in Deutschland mit den neuen Programmangeboten und Technologien. Ein umfangreicher Serviceteil mit Daten, Fakten und Zahlen zur Programm- und Senderentwicklung, zu den Bürgermedien und der Medienkompetenzförderung der Landesmedienanstalten komplettiert das Jahrbuch und macht es zu einem wichtigen Nachschlagewerk für Wissenschaftler, Journalisten und alle Medieninteressierten.

Das 503 Seiten starke „ALM-Jahrbuch 2009/2010 – Landesmedienanstalten und privater Rundfunk in Deutschland“ ist erschienen im Vistas-Verlag (ISBN 978-3-89158-524-5) und zum Preis von Preis 25,-- Euro im Buchhandel erhältlich. Eine PDF-Version ist abrufbar unter www.alm.de



EU genehmigt Beihilfen für Rundfunk

Die Europäische Kommission hat die jährliche Zuwendung für France Télévisions aus Steuergeldern genehmigt, da sie mit den Beihilfavorschriften der Europäischen Union im Einklang steht. Diese war als Kompensation dafür beschlossen worden, dass Werbung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen bis Ende 2011 schrittweise abgeschafft werden soll. Bei einer eingehenden Prüfung kam die Kommission zu dem Ergebnis, dass die Finanzierungsregelung den Beihilfavorschriften für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk entspricht. So wurde insbesondere dafür gesorgt, dass keine überhöhten Ausgleichszahlungen für die mit dem öffentlich-rechtlichen Auftrag zusammenhängenden Kosten geleistet werden. „Der Staat darf die Kosten für die Erfüllung eines öffentlich-rechtlichen Auftrags kompensieren, sofern der Auftrag klar definiert ist und es nicht zu einer Überkompensation kommt. Das französische Gesetz gewährleistet einen loyalen Wettbewerb zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor“, so der für Wettbewerb zuständige Vizepräsident der Kommission Joaquín Almunia Mitte Juli in Brüssel.

France Télévisions ist die größte französische Rundfunkanstalt. Zu ihr gehören die Sender France 2, France 3, France 4, France 5 und France Ô sowie Radio France Outremer. Frankreich hat 2008 eine tiefgreifende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingeleitet, mit der auch die Werbung in den öffentlich-rechtlichen Programmen abgeschafft wurde und zwei neue Abgaben auf Werbung bzw. elektronische Kommunikationsdienste eingeführt wurden. Es ist gesetzlich festgelegt, dass France Télévisions einen finanziellen Ausgleich für den Wegfall der Werbeeinnahmen erhält, die vor der Reform 25 bis 30 Prozent der jährlichen Gesamteinnahmen der Rundfunkanstalt ausmachten. Die Mittel hierfür werden durch neue Steuern auf die Nettowerbeeinnahmen der privaten Fernsehsender und für die Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste erhoben. Die Einnahmen hieraus fließen in die Staatskasse und sind nicht zweckgebunden. Ein ähnliches Modell hat auch Spanien für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk RTVE eingeführt. Die Kommission genehmigte auch dies, da sich die Beihilfe wie in Frankreich ausschließlich nach den Netto-Betriebskosten des Senders und nicht nach dem Steueraufkommen richte.

Bloggerin droht Todesstrafe - ROG startet Kampagne

Reporter ohne Grenzen (ROG) ruft dazu auf, eine am 24. August gestartete Online-Petition zur Rettung von Shiva Nazar Ahari zu unterzeichnen. In der Petition an die iranischen Behörden fordert ROG die umgehende und bedingungslo-

se Freilassung der Bloggerin und Menschenrechtsaktivistin, die seit dem 20. Dezember 2009 in Teheran inhaftiert ist. Der 26-jährigen Dissidentin droht eine mehrjährige Haftstrafe oder das Todesurteil. "Helfen Sie mit und unterschreiben Sie die Petition für die Freilassung von Shiva Nazar Ahari auf unserer Website. Die Zeit drängt", appelliert ROG-Geschäftsführer Christian Rickerts. Die nächste Verhandlung in ihrem Prozess ist für den 4. September angesetzt. Shiva Nazar Ahari ist unter anderem Gründungsmitglied der Menschenrechtsorganisation "Committee of Human Rights Reporters" (CHRR). Das Komitee ist eine internet-basierte Plattform, die über Menschenrechtsverletzungen im Iran berichtet und sich insbesondere für die Rechte von Gefangenen, Flüchtlingen, Frauen und Kindern einsetzt. Seit der Präsidentschaftswahl im Juni 2009 übt die Regierung steigenden Druck auf das CHRR aus. Jegliche Zusammenarbeit mit dem Komitee wird als Straftat verfolgt.

Gegen Shiva Nazar Ahari wurde wegen ihrer Aktivitäten als Online-Dissidentin und Menschenrechtsaktivistin in drei Punkten Anklage erhoben: Verabredung zur Durchführung eines Verbrechens, Hetze gegen den Staat sowie der schwerwiegendste Vorwurf: "Moharebeh", Feindschaft gegen Gott. "Moharebeh" stellt in der Islamischen Republik ein Kapitalverbrechen dar, auf das die Todesstrafe steht. Die Vorwürfe sind aus Sicht von ROG unbegründet, da Shiva Nazar Ahari lediglich Gebrauch von ihrem Recht auf Rede- und Versammlungsfreiheit gemacht hat. "Dies ist in keiner Weise illegal oder gegen den Koran", heißt es in der ROG-Petition. Nazar Ahari wurde seit 2002 bereits viermal verhaftet. Seit ihrer letzten Festnahme im Dezember 2009 wird sie im Teheraner Evin-Gefängnis festgehalten. ROG fordert die Behörden in dem Appell auf, der politischen Gefangenen während ihrer Inhaftierung den Kontakt zu ihrer Familie, zu ihrem Anwalt sowie den Zugang zu adäquater medizinischer Versorgung zu garantieren.

Seit der Präsidentschaftswahl im vergangenen Jahr sind im Iran rund 180 Medienschaffende festgenommen worden. 36 Journalistinnen und Journalisten sowie Bloggerinnen und Blogger sind noch immer hinter Gittern. Schätzungen zufolge sind zudem mehr als 200 Medienschaffende aus dem Iran geflohen, um so der Verfolgung durch den Staat zu entgehen.

Die Petition an den Justizchef des Iran, Ayatollah Sadegh Ardeschir Larijani, und dessen Bruder, den Vorsitzenden des Menschenrechtsstabes der iranischen Justiz, Mohammad Javad Larijani, kann unterzeichnet werden unter:

http://bit.ly/free_shiva_petition



GVK: Positive Bilanz der Dreistufentests – Verleger sprechen von Farce

Die Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) der ARD hat Mitte Juli eine positive Bilanz der Dreistufentest-Verfahren gezogen. Die GVK hatte die Aufgabe, für eine einheitliche Verfahrens- und Beratungsgrundlage in der föderalen ARD zu sorgen und die Beratungen inhaltlich zu koordinieren. Insgesamt bescheinigten die Rundfunkräte der ARD, dass sie im Netz Qualitätsangebote bereithält, die sich von den Konkurrenzangeboten unterscheiden oder diese in qualitativer Hinsicht ergänzen. Die von den Intendanten vorgelegten Telemedienkonzepte wurden u. a. mit Einschränkungen zur Verweildauer in den Mediatheken sowie Vorgaben zur weiteren Entwicklung der Angebote, zum Auftritt auf Drittplattformen und zur Kostenstabilität genehmigt. Die designierte GVK-Vorsitzende Ruth Hieronymi sagte: „Die Gremien haben valide und professionelle Arbeit geleistet. Nun ist bestätigt, dass das Dreistufentestverfahren bei den Gremien in den richtigen Händen liegt. Keine Behörde oder Institution besitzt eine derartige Breite an Sachkenntnis und Erfahrung aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Die Gremien haben die vom Staatsvertragsgesetzgeber übertragene Aufgabe sehr gründlich und gewissenhaft umgesetzt. Insgesamt kamen wir zu der Überzeugung, dass die Qualitätsangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Gesellschaft und gerade bei den Jüngeren eine stärkere Rolle spielen sollten.“ Die angepassten Telemedienkonzepte werden nun der Rechtaufsicht vorgelegt, die die ordnungsgemäße Verfahrensdurchführung überprüft.

37 Telemedienkonzepte, davon 12 zu ARD-Gemeinschaftsangeboten wie z. B. DasErste.de, tagesschau.de, boerse.ard.de oder sportschau.de wurden überprüft. Besonderes Augenmerk richteten die Gremien auf die Relevanz der öffentlich-rechtlichen Angebote für den publizistischen und ökonomischen Markt, die Plausibilität der veranschlagten Kosten und die strikte Einhaltung der Negativliste. Den Gremien sei es dabei wichtig gewesen, die besondere Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Internet hervorzuheben: nämlich dem Bürger Orientierung in einer unbegrenzt erscheinenden Informationsvielfalt und Gewähr für objektive und differenzierte Information zu bieten. Die Marktgutachten der externen Experten hatten unter Beachtung der europarechtlichen Vorgaben unabhängig von der konkreten Methodik keine wettbewerbsverzerrenden Auswirkungen festgestellt.

Dietmar Wolff, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) bezeichnete die Verfahren als „Farce“. Der BDZV wolle alle juristischen und politischen Mittel gegen die „expansiven Onlinepläne“ der öf-

Die Entscheidungen der Rundfunkräte mit Begründung und markt-ökonomischen Gutachten sind auf den Internetseiten der jeweils federführend zuständigen Landesrundfunkanstalt veröffentlicht (Übersicht auf www.ard.de/gvk)

fentlich-rechtlichen Sender ausschöpfen. Bernd Lenze, Vorsitzender des Telemedienausschusses der GVK und des BR-Rundfunkrates sagte: „Die Skepsis aus Brüssel gegenüber den Gremien ist geschwunden.“ Es sei in den Gremien Sachverstand aus allen Bereichen vorhanden. Die GVK wolle im Herbst das Gespräch mit den privat-kommerziellen Anbietern suchen. Er warnte davor den Rechtsweg zu beschreiten, besser sei, sich mit Beschwerden an die Gremien zu wenden.

ARD strukturiert Hörfunk-Korrespondentennetz um

Die ARD wird ab 2011 ihr Hörfunkkorrespondentennetz verändern und einige Stellen an andere Standorte verlagern. Den entsprechenden Plänen der Hörfunkkommission haben die Intendantinnen und Intendanten zugestimmt. Dauerhaft verstärkt werden sollen die Studios in Neu Delhi (NDR) und Istanbul (SWR), wo jeweils ein zweiter fester Korrespondentenplatz hinzukommt. Dies werde notwendig wegen der deutschen Präsenz in Afghanistan, das zum Berichtsgebiet des Studios Neu Delhi gehört. Gestiegen sei der Bedarf für die Berichterstattung aus dem Iran, der dem Studio Istanbul zugeordnet ist. Die Berichtsgebiete der ARD-Hörfunkstudios Kairo (SWR) und Amman (WDR) werden unter der gemeinsamen Federführung von SWR und WDR zusammengelegt. Sitz des neuen ARD-Hörfunkstudios ist dann Kairo. Weitere Standorte sind Amman und je nach Ereignislage temporär Beirut oder Dubai. Das Studio Kairo wird nur noch mit drei Korrespondenten besetzt sein, vorher waren in Kairo und Amman vier beschäftigt.

Das bisherige ARD-Hörfunkstudio in Straßburg (SWR) wird nicht wiederbesetzt. Themen, die dort im Mittelpunkt standen, werden künftig von den Standorten Brüssel und Paris, sowie von der ARD-Rechtsredaktion in Karlsruhe behandelt. Der Vorsitzende der ARD-Hörfunkkommission und SWR-Hörfunkdirektor Bernhard Hermann erläutert: "Straßburg wird in unserer Berichterstattung weiter eine wichtige Rolle spielen, auch wenn wir kein Studio mehr direkt in der Stadt haben. Das ist strukturell sinnvoll und hilft darüber hinaus, Kosten zu sparen." Ab dem kommenden Jahr wird der ARD-Korrespondent aus der deutschsprachigen Schweiz vom Finanzplatz Zürich und nicht mehr aus Genf berichten. Das Korrespondentennetz von ARD-Hörfunk und Deutschlandradio umfasst 38 Korrespondenten an 29 Standorten.

NDR unterstützt Medienportal für Schulen

Das Medienportal des Instituts für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) wird künftig in großem Umfang auch Audio- und Videoangebote des Norddeutschen Rundfunks (NDR) anbieten. Der NDR und das IQSH haben dazu eine Vereinbarung geschlossen. Die vom NDR zur Verfügung gestellten Inhalte und Angebote dienen der Wissensvermittlung und seien damit

für den Einsatz im Unterricht besonders geeignet, so Landesfunkhausdirektor Friedrich-Wilhelm Kramer. Dazu zählen aus dem NDR Fernsehen zum Beispiel Dokumentationen der Reihe "45min", "Nordreportagen" und Filme der Serie "NaturNah" aus den NDR Landesfunkhäusern, Beiträge des Auslandsmagazins "Weltbilder" sowie NDR Produktionen der ARD-Reihe "Bilderbuch Deutschland". Als Hörfunk-Audios sind unter anderem Beiträge aus Sendereihen von NDR Info wie "ZeitZeichen", "Welt-Wissen" und "Logo - Das Wissenschaftsmagazin" abrufbar. Die verschiedenen Sendungen und Beiträge des NDR sind im Medienportal des IQSH deutlich sichtbar gekennzeichnet. Die Nutzung ist an klare lizenz- und urheberrechtliche Bedingungen geknüpft und zielt vor allem auf den Unterricht an schleswig-holsteinischen Schulen. So dürfen die Inhalte lediglich im Sendegebiet des NDR und nur zeitlich befristet verwendet werden.

Landesfunkhausdirektor Friedrich-Wilhelm Kramer erklärte: "Information und Bildung gehören zum Kern des öffentlich-rechtlichen Programmauftrags. Gern stellt der NDR deshalb seine zahlreichen Sendungen aus diesem Bereich in den Dienst dieser guten Sache. Der NDR leistet damit auch einen wertvollen Beitrag zur Bildung und zur Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen." Bildungsminister Klug dankte dem NDR dafür, dass er seine Kompetenz und die Produkte eines guten Journalismus für die Bildung der jungen Menschen im Land zur Verfügung stelle und damit das Medienportal des Ministeriums und des IQSH weiter aufwerte und immer interessanter mache.

Das Digitale Online Medienportal (DOM-SH) des Instituts für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) versorgt Lehrkräfte mit digitalen Medien für den Unterricht. Es entlastet von der zeitraubenden Suche nach geeignetem Unterrichtsmaterial. In technisch einfach zu bedienender Form bekommt der Nutzer qualitativ hochwertiges Material digital in Form von Dateien an die Hand. Ein wichtiger Vorteil dieses Systems ist, dass die bezogenen Medien nicht mehr zurückgegeben werden müssen und damit automatisch Mahnungen für verspätete Rückgaben entfallen. Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein können den Bestand kostenlos nutzen, müssen sich nur mit der Dienststellenummer und einem Passwort ausweisen. Insgesamt stehen heute schon 9000 Medien aktuelle und lehrplangerechte Medien zur Verfügung.



Fast 50 Millionen Deutsche sind online

Im Frühjahr 2010 nutzten 49 Millionen Menschen ab 14 Jahren wenigstens gelegentlich das Internet, dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 69,4 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr sind damit 5,5 Millionen Nutzer neu hinzugekommen. Die Steigerung ist sowohl auf den Zuwachs in älteren Bevölkerungsgruppen als auch auf die erstmalige Berücksichtigung der nicht-deutschen Bevölkerung in Deutschland zurückzuführen. Dies ergab die Online-Studie 2010 von ARD und ZDF. 76 Prozent der deutschen Onliner sind täglich im Netz. Damit ist die Reichweite des Internets inzwischen fast vergleichbar mit der des Fernsehens: Das Internet zählt für die meisten Onliner zum Alltag und wird gewohnheitsmäßig fast täglich genutzt. Die häufigere Nutzung des Internets geht nicht zu Lasten des Fernsehkonsums. Im Gegenteil, die Bewegtbildnutzung im Internet steigt weiter an und zwar parallel zum "üblichen" Fernsehen. Communities sowie Video- und Fernsehinhalte im Netz werden immer beliebter, wobei das Anschauen von Onlinevideos für die meisten Nutzer weitaus wichtiger ist als viele Web-2.0-Aktivitäten. 65 Prozent schauen Videos im Netz, 40 Prozent nutzen Communities. Bewegtbilder werden hauptsächlich über Videoportale und über die Mediatheken der Fernsehsender genutzt, die inzwischen 24 Prozent der Onliner, das sind rund zwölf Millionen Menschen, mehr oder weniger regelmäßig aufrufen. Die Zuwachszahlen für Web-2.0-Anwendungen fallen geringer aus als in den Vorjahren. Auch sinkt das Interesse an aktiver Teilhabe an Blogs, Twitter und Co. vor allem bei der jüngeren und mittleren Generation. Das "Mitmach-Netz" bleibt so weiterhin beschränkt auf eine kleine Gruppe von Aktiven, die publizieren und kommunizieren, was von vielen abgerufen wird.

ZDF-Intendant Markus Schächter, Vorsitzender der ARD/ZDF-Medienkommission: "Das ZDF hat früh erkannt, dass die nonlineare Nutzung von TV-Inhalten großes Potential hat. Die Nachfrage steigt kontinuierlich an. Über die Mediathek erhöht sich schon jetzt die Reichweite unserer Sendungen im Schnitt um ein bis drei Prozent. Der Trend ist eindeutig: Das Bewegtbild ist ein tragender Pfeiler für die Internetnutzung der Zukunft." Der stellvertretende Vorsitzende der ARD/ZDF-Medienkommission und Intendant des Hessischen Rundfunks, Dr. Helmut Reitze meinte „Die ARD/ZDF-Onlinestudie 2010 zeigt, dass es keinen Verdrängungswettbewerb zwischen Fernsehen und Hörfunk einerseits und Internet andererseits gibt. Die Grenzen zwischen TV, Radio und Internet sind fließend und zwar sowohl für die Anbieter als auch für die Nutzer."

Die Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2010 sind abrufbar unter www.ard-zdf-onlinestudie.de



ProSiebenSat.1/RTL: Internet-Plattform für TV-Inhalte

Die ProSiebenSat.1 Media AG und die Mediengruppe RTL Deutschland GmbH planen den Betrieb einer offenen technischen Plattform zum zeitversetzten Abruf von TV-Inhalten im Internet. Das Angebot richte sich an private und öffentlich-rechtliche TV-Sender aus Deutschland und Österreich, teilten die Unternehmen Anfang August mit. Damit soll teilnehmenden Anbietern ermöglicht werden, den Internetnutzern ihre Inhalte, wie vollständige Serien, Filme, Shows oder Nachrichtensendungen, in einem zentralen Angebot im Internet zur Verfügung zu stellen und individuell in einem eigenen Angebotsbereich zu präsentieren. Alle Inhalte werden sieben Tage nach der Ausstrahlung im Fernsehen kostenlos als Stream abrufbar sein. Die Vermarktung der Inhalte obliege weiterhin allein dem jeweiligen TV-Sender. Dem Aufbau und Betrieb der Plattform muss die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission zustimmen. Der Antrag auf Genehmigung ist bereits eingereicht. Mit der neuen Plattform werden Internetnutzer erstmalig die Möglichkeit erhalten, TV-Inhalte zeitversetzt über eine auf den deutschen beziehungsweise österreichischen Markt zugeschnittene, zentrale und übersichtliche Internet-Plattform abzurufen, erklärten die beiden Unternehmen. Die Plattform werde den Wettbewerb im deutschen und österreichischen Markt stärken und solle dazu beitragen, die teilnehmenden TV-Sender im Wettbewerb mit internationalen Internetangeboten gut aufzustellen.

Für den Betrieb der Plattform soll eine gemeinsame Gesellschaft gegründet werden, die den teilnehmenden Sendern die zur Nutzung nötigen technischen Dienstleistungen, wie zum Beispiel Hosting und Streaming, zur Verfügung stellt. Der Tätigkeitsbereich des Gemeinschaftsunternehmens werde ausschließlich in der technischen Bereitstellung der Plattform bestehen. Die sendereigenen Angebotsbereiche werden durch die TV-Sender jeweils selbständig redaktionell betreut und vermarktet. Das Gemeinschaftsunternehmen werde von den jeweiligen TV-Sendern für die Inanspruchnahme der technischen Infrastruktur und Dienstleistungen vergütet. Es werde von den Gesellschaftern organisatorisch unabhängig sein.



Weltverband der Zeitungen: Branche floriert weltweit

Die Zeitungsauflagen waren trotz des Konjunkturabschwungs 2009 weltweit nur leicht rückläufig und die Auswirkungen der weltweiten Rezession auf die Anzeigen- und Werbeeinnahmen der Zeitungen werden offenbar schwächer. Das geht aus dem neuesten Jahresbericht des Weltverbands der Zeitungen und Nachrichtenmedien (WAN-IFRA) hervor, der Anfang August erschien. Der Bericht zeige, dass die Zeitungsindustrie entgegen landläufiger Meinung weiterhin weltweit eine bedeutende und florierende Branche sei, trotz der Auswirkungen der globalen Rezession und der zunehmenden Verbreitung digitaler Medien, meint der Verband. „Offen gesagt, ist mir aufgefallen, dass Medienjournalisten und Kommentatoren dazu neigen, auf den negativen Aspekten des Geschäfts herumzureiten, obwohl es eindeutig auch viel Positives gibt“, erklärte Christoph Riess, CEO der WAN-IFRA, bei der Vorstellung des Berichts auf der jährlichen Konferenz der Organisation in Kuala Lumpur.

1,7 Milliarden Menschen lesen täglich eine Tageszeitung; das entspricht 25 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung. Zeitungen mit nicht-täglicher Erscheinungsweise mit eingerechnet, kommen Zeitungen weltweit auf eine Reichweite von 37 Prozent. Die Auflage der Tageszeitungen ging 2009 um 0,8 Prozent zurück - ein leichter Rückgang in Anbetracht der starken Rezession und im Vergleich zu den rückläufigen Entwicklungen in anderen Branchen - verzeichnet jedoch im Fünfjahresmittel nach wie vor einen Zuwachs von 5,7 Prozent. Auflagenrückgänge ergaben sich vor allem in den „reifen“ Medienmärkten der Industrieländer, während Asien weiterhin ein deutliches Wachstum verzeichnet: 1 Prozent im Jahr 2009 und 13 Prozent im Fünfjahresmittel. Die Mehrzahl der Länder - 61 Prozent - vermelden stabile Auflagen oder Auflagenzuwächse im vergangenen Jahr und 68 Prozent bekunden stabile Auflagen oder Auflagenzuwächse in den vergangenen fünf Jahren.

2009 wurden weltweit insgesamt 12.477 Zeitungen verlegt; das entspricht einem Zuwachs von 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Obwohl die traditionellen Zeitungen in vielen reifen Märkten Leser verloren haben, stehen die Zeitungsverlage in diesen Märkten an der Spitze der digitalen Revolution, meint Christoph Riess: „Viele Zeitungsverlage in den reifen Märkten haben sich digitale Plattformen und neue Formen des Print-Publishing zu eigen gemacht und bauen so ihr Produktportfolio, ihre Reichweite und ihre Einnahmen aus, während ihre traditionellen Printauflagen unter Druck geraten sind“.

WAN-IFRA mit Sitz in Paris und Darmstadt ist der Weltverband der Zeitungen und Nachrichtenmedien und vertritt mehr als 18.000 Publikationen, 15.000 Online-Sites und über 3000 Unternehmen in mehr als 120 Ländern. Die Organisation entstand durch den Zusammenschluss zwischen dem Weltverband der Zeitungen (WAN) und IFRA, der Research- und Serviceorganisation für die Zeitungsindustrie.

Mehr Infos:
www.wan-ifra.org

Die fünf größten Zeitungsmärkte sind Indien mit 110 Millionen verkauften Exemplaren pro Tag, China mit 109 Millionen, Japan (50 Millionen), USA (46 Millionen) und Deutschland (20 Millionen), was damit in Europa führend ist. 67 der 100 auflagenstärksten Tageszeitungen der Welt erscheinen in Asien. Die Werbeerlöse der Zeitungen gingen 2009 weltweit um 17 Prozent zurück, was vorwiegend die Auswirkungen der globalen Rezession auf die Gesamtwirtschaft widerspiegelt. Doch der Werbemarkt erholt sich und werde 2010 laut Prognose von Zenith Optimedia voraussichtlich um 3,5 Prozent wachsen, wobei alle Regionen ein Plus verzeichnen werden.

Springer will mehr Frauen in Führungspositionen

Die Axel Springer AG will den Anteil an Frauen von aktuell 16 Prozent auf allen Führungsebenen in den nächsten fünf bis acht Jahren im Unternehmensdurchschnitt verdoppeln. Der jährliche Fortschritt wird künftig im jeweiligen Geschäftsbericht bekannt gegeben. „Wenn man sich ambitionierte strategische und wirtschaftliche Ziele setzt, braucht man die besten Köpfe, um diese zu erreichen. Aus meiner Sicht ist mehr Vielfalt im Unternehmen – und das heißt eben auch deutlich mehr Frauen in Führungspositionen – für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Axel Springer AG und unsere Zukunft als attraktiver Arbeitgeber von enormer Bedeutung“, sagte der Vorstandsvorsitzende Mathias Döpfner, bei der Bekanntgabe des Halbjahresfinanzberichts Anfang August in Berlin.

Vor allem drei Gründe sprächen dafür, diese Zielsetzung mit hoher Priorität zu verfolgen. Die Abbildung der relevanten Märkte auch innerhalb des Unternehmens, die Gewinnung und Bindung von Talenten sowie eine attraktive Unternehmenskultur. Im zweiten Quartal wurde das Projekt „Chancen:gleich!“, das bewusst auf eine Quotenvorgabe für die einzelnen Bereiche verzichtet, gestartet. Im Rahmen des Projekts wurden bereits zahlreiche Maßnahmen, vom strukturierten Talentmanagement, über eine Nachfolgeplanung bis hin zu weiteren Aktivitäten für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie entwickelt.



ProSiebenSat.1 strukturiert Medienpolitik neu

Die ProSiebenSat.1 Group fasst die Bereiche Medienpolitik, Distribution und Legal Affairs unter Leitung des General Counsel Conrad Albert zusammen. Damit trage man der wachsenden strategischen Bedeutung der Signalverbreitung über alle Plattformen Rechnung, erklärte das Unternehmen Anfang August. Gleichzei-

tig baut wird die Abteilung Medienpolitik unter der Leitung von Annette Kümmel als Senior Vice President Media Policy ausgebaut. Das Ressort heißt künftig Governmental Relations & Regulatory Affairs. Den Bereich Distribution leitet zukünftig Rechtsanwalt Dr. Michael Müller: Er berichtet als Senior Vice President Distribution ebenso wie Annette Kümmel an Conrad Albert.

Veranstaltungstipps

Internationale Funkausstellung IFA

Vom 3. bis 8. September 2010 in Berlin, Messezentrum am Funkturm

Die Verbraucher- und Fachmesse ist gekoppelt mit einem Kongress. Der Internationale Medienkongress findet vom 06. bis 07. September 2010 im ICC Berlin statt. Medienpolitik ist ein Schwerpunkt. Dazu zählen Internet und digitale Gesellschaft: Die Enquete-Kommission, Datenschutz im Internet, Urheber- und Leistungsschutzrecht, Digitalisierungsbericht 2010, Filmfördergesetz etc. Auch um den Medienmarkt drehen sich Debatten: Die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die neue Rolle der Social Media, die Finanzierung der Inhalte.

www.ifa-berlin.de

15. Mainzer Mediendisput

Örtliche Betäubung und bestellte Wahrheiten – wenn Öffentlichkeit amputiert wird

24. und 25. November 2010

SWR-Landesfunkhaus und ZDF-Konferenzzentrum Mainz

Prominenz aus Politik und Medien diskutiert über die Zukunft des Journalismus und Gegenstrategien zur Krise der Mediendemokratie.

Infos:

www.mainzermiendiisput.de
info@mediendisput.de

Herausgeber:

DGB-Bundesvorstand, Referat
Medienpolitik, Henriette-Herz-
Platz 2, 10178 Berlin.

Redaktion:

Dr. Sabine Nehls

Tel: 02129-959644

SabineNehls@aol.com

Der medien-newsletter kann
abonniert werden über:

www.dgb.de/service/newsletter